

Der folgende Text wurde zuerst publiziert in der Nr. 24-25 vom 2. Dezember 2000 der LINX. SOZIALISTISCHE ZEITUNG FÜR KIEL. (In [der online archivierten Ausgabe](#) fehlt er aus dem Autor nicht bekannten Gründen, obwohl in der archivierten Ausgabe Nr. 26 eine sehr knapp gehaltene [Entgegnung](#) darauf aus den Reihen von [AVANTI](#) zu finden ist.) Im Spätsommer und Herbst des Jahres 2000, dem Jahr Eins nach dem unter rotgrüner Führung von Deutschland angezettelten Krieg der Nato gegen Jugoslawien, fand sich die marginalisierte linksradikale Opposition gegen diesen ersten deutschen Krieg nach Hitler inmitten eines vom Kanzler dersel-

ben rotgrünen Regierung ausgerufenen „Aufstands der Anständigen“ wieder. Unter dieser Losung machte damals die deutsche Regierung mit Lichterketten gegen Rechtsaußen mobil. Nicht umsonst schließlich hatte man eben erst Belgrad ausdrücklich „wegen Auschwitz“ bombardiert. Der linksradikalen Antifa schien die Enteignung eines ihrer wichtigsten Themen und dessen Umleitung in staatstragende Bahnen zu drohen. Groß war daher die Irritation, und hoch wogte die Debatte bis hinein in die Kieler Provinz. Einen guten Eindruck davon geben die [Ausgaben der LinX](#) aus dieser Zeit.

DD, April 2011

Zu AVANTI:

## Antifa im Postfaschismus

Eine „Diskussion über linksradikale/antifaschistische Politik“ hat [H. Errrossi in der LinX Nr. 20](#) vom 30.9. ange-regt. Anlaß war das Auftreten von „AVANTI – Projekt Undogmatische Linke“ auf einer Anti-Nazi-Kundgebung mit hochrangiger Regierungsbeteiligung am 16. September in Neumünster, das einmal mehr einige Fragen aufgeworfen hat, die ganz unabhängig von AVANTI und seiner speziellen Politik schon länger einer ausführlicheren Diskussion in der revolutionären Linken harren. Auch die LinX tat sich hier bislang schwer. In einem [Bericht zum jüngsten Anschlag](#) auf den ZAPATA-Buchladen (LinX Nr. 16 vom 5.8.) hatte J.H.H. darauf hingewiesen, daß das Netz der sogenannten „Freien Kameradschaften“, aus deren Reihen der Anschlag wahrscheinlich verübt wurde, Produkt des Verbots verschiedener nazistischer Organisationen ist, und am Schluß die Hoffnung geäußert, daß jetzt vielleicht eine Diskussion in Gang komme, die sich freimache von der „Fixierung weiter Teile der antifaschistischen Szene auf den Ruf nach staatlichen Sanktionen gegen diverse Nazi-Gruppen“. Da paßte es wie die Faust aufs Auge, als drei Ausgaben später die LinX ([Nr. 19 vom 16.9.](#)), ohne auch nur den Hauch eines Zweifels zu artikulieren, seitenlang die Frage hin- und herwälzte, wie die Linke dem Staat bei der Repression der Nazis auf die Sprünge helfen könne.

Die Entgegnung auf H. Errrossis Kritik ([„Frage nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen“](#); LinX Nr. 21 vom 19.10.) legt den Schluß nahe, daß man auch bei AVANTI beschlossen hat, der Diskussion nach Möglichkeit weiterhin auszuweichen. Zwar wird beteuert, sie sei „in der Tat notwendig“, aber irgendein auch AVANTI selbst betreffendes Problem in Sachen Antifa will man nicht sehen; da sind „sowohl unsere jüngsten Veröffentlichungen als auch unsere langjährigen und vielseitigen praktischen antifaschistischen und antirassistischen Aktivitäten“ davor: Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff! Probleme haben vielmehr alle anderen – weil sie sich der

glasklaren politischen Linie von AVANTI par tout nicht anschließen wollen. Ihnen sei, so abschließend AVANTI, die „politische Isolation ... garantiert“.

Das ist – mit pädagogischem Einschlag – wahrscheinlich als Drohung gemeint, wird aber als solche „garantiert“ nicht funktionieren, denn für die revolutionäre Linke – soweit da das Revolutionäre noch eine jeweils konkrete politische Parteinahme bezeichnet, statt nur mehr eine traditionelle Floskel – ist spätestens seit dem von Deutschland angezettelten Natoüberfall auf Jugoslawien die politische Isolation ein nicht mehr wegzudiskutierendes *Faktum*. Und spätestens seit diesem Datum steckt hierorts vor allem AVANTI in massiven politischen Schwierigkeiten, wenn nicht Existenznöten, weil ihm seine angestammte Domäne, die linksradikale Bündnispolitik ins bürgerlich-demokratische Lager hinein, unter den Händen zu Staub zerbröseln. Nicht nur, daß aus gutem Grund keine zur radikalen Linken sich zählende Gruppierung noch Lust verspürt, etwa mit den Grünen als einem klassischen Partner im Rahmen jener alten Bündnispolitik weiterhin Aktionsbündnisse einzugehen. Vielmehr wollen die linksbürgerlichen Partner von einst auch ihrerseits von Bündnissen der alten Art logischerweise kaum noch etwas wissen. Das rot-grüne Spektrum, im Herbst 1998 zum Regierungslager befördert, hat mit dem Kosovokrieg auch seine Befähigung dazu praktisch unter Beweis gestellt – nicht zuletzt dahingehend, daß der eigene einstmals friedensbewegte Anhang bis weit in die radikalere Linke hinein entweder treu zur Fahne gestanden oder, sei's auch mit schmerzverzerrter Miene, zumindest stillgehalten hat. Seither hat man eine Reputation zu verlieren, und wird sie kaum ohne Not irgendwelchen Belastungen durch Nähe zu jenen Restbeständen der einstigen radikalen Linken aussetzen, deren Dezimierung und politische Isolierung gerade so glücklich gelungen ist.

Einer politischen Isolation, die erst noch droht, sehen demnach vor allem AVANTI und alle diejenigen entgegen, die – warum auch immer – um jeden Preis an der alten linksradikalen Bündnispolitik festzuhalten versuchen. Sie drohen nämlich zwischen sämtliche Stühle zu

fallen und als irgendwie eigenständige politische Größe – sei es auch aktuell nur dem Anspruch nach, ohne meßbare politische Wirkung – völlig zu verschwinden. Wie die Wahrnehmung dieses Dilemmas auf Seiten AVANTI aussieht, läßt sich an dem als Frage formulierten Vorwurf ablesen, „warum der größte Teil der linksradikalen Gruppen in diese gesellschaftliche Debatte nicht eingreift, sondern ... öffentlich de facto gar nicht mehr auftritt“. Was wir unter „dieser gesellschaftlichen Debatte“ zu verstehen haben, aus der „der größte Teil der linksradikalen Gruppen“ sich angeblich heraushält, läßt der Kontext merkwürdig offen. Die von H. Errrossi angeregte und von AVANTI für „in der Tat notwendig“ befundene „Diskussion über linksradikale/antifaschistische Politik“, worauf die Frage erwidern Bezug nimmt, kann’s logischerweise nicht sein. Bleiben nur „sowohl unsere jüngsten Veröffentlichungen als auch unsere langjährigen und vielseitigen praktischen antifaschistischen und antirassistischen Aktivitäten“, die AVANTI ja „als Beiträge zu dieser Debatte“ verstanden wissen will. Daß darin „der größte Teil der linksradikalen Gruppen ... nicht eingreift“, ist allerdings kaum zu leugnen. Er ist halt nicht AVANTI und bestreitet seine jeweils eigene politische Praxis.

Daß der Linksradikalismus jenseits von AVANTI „öffentlich de facto gar nicht mehr auftritt“, wäre an sich glatt gelogen. Aber so kategorisch, wie sie daherkommt, ist die Bemerkung wohl nicht gemeint. Vielmehr sieht sich AVANTI auf seinem politischen Fachgebiet der lagerübergreifenden Bündnisse mit linksradikaler Komponente mittlerweile allein auf weiter Flur und kann sich darauf keinen anderen Reim machen als den, schmählich im Stich gelassen worden zu sein. Auf den Gedanken, jene „Suche nach Orientierung“, der die AVANTIs „in den letzten Monaten in den konkreten antifaschistischen Auseinandersetzungen“ begegnet sind, könnte vielleicht nicht nur daran liegen, daß leider immer noch nicht alle auf sie hören, kommen sie lieber erst gar nicht. Er liegt offensichtlich allzu nah. Was AVANTI zur „Strategie in den antifaschistischen und antirassistischen Auseinandersetzungen“ vorzutragen hat, erweckt jedenfalls den Eindruck, daß nicht zuletzt AVANTI selber jegliche „Orientierung“ – wenn es denn je eine hatte – verloren hat.



Nehmen wir z.B. die „Legitimation (auch militanten) antifaschistischen Vorgehens von unten“, die H. Errrossi aus der Parole „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ gewinnen möchte. AVANTI findet an dieser „inzwischen recht verbreitete[n] Parole“ zunächst „aber“ anderes „politisch bedeutsamer“, nämlich „dass diese Position, mit der den FaschistInnen die Ausnutzung demokratischer Rechte verwehrt werden soll, inzwischen beträchtlich weiter verbreitet ist als noch vor Jahresfrist“. Und jenes „aber“ erläuternd, mit dem man hier zur Antifa „von unten“ leise auf Distanz geht, läßt AVANTI auch keinen Zweifel, *wer* „als einzige Kraft in der Lage ist“, die Behandlung der Nazis als Verbrecher „über einen

längeren Zeitraum durchzusetzen und zu garantieren“: der „Verwaltungs-, Polizei- und Justizapparat, der dieses Land im wesentlichen kontrolliert“.

Als Beschreibung der augenblicklichen Situation hätte diese Argumentation eine Menge für sich. Daß die Antifa „von unten“ alleine, soweit es etwa darum geht, den Nazis das Demonstrieren zu verwehren, derzeit ziemlich alt aussieht, wird von deren Aktivisten konkret kaum bestritten werden. Für jene jedenfalls, die sich wie der Sprecher von AVANTI demonstrierenden Nazis todesmutig in den Weg setzen, dürfte es gegenwärtig ungleich schlimmer ausgehen, sollte sich die Polizei einmal dazu entschließen, sich einfach herauszuhalten, statt die couragierten Zivilisten vom Ort des Konflikts gewaltsam wegzuschaffen. Auch spricht es sich in der linksradikalen Szene allmählich herum, daß „Veränderungen im Vorgehen des Staatsapparates“ gegenüber den Nazis nicht nur „nicht ... ausgeschlossen“ sind, wie es bei AVANTI reichlich unbestimmt heißt, sondern aktuell wirklich stattfinden und durchaus ernst gemeint sind. Bürgerschreck und Staatsfeindschaft sind, nachdem die radikale Linke im Frühjahr 1999 ihren Offenbarungseid geleistet hat, zur Zeit praktisch nur noch auf der Rechten zu Hause, und dem beginnen der staatliche Apparat und sein Personal nun Rechnung zu tragen.

AVANTI freilich, statt ihn offen und rückhaltlos zu thematisieren, beutet diesen Zusammenhang nur gelegentlich aus, um sich in die Pose des politischen Realisten zu werfen. Aller Realismus, auf den es andern gegenüber pocht, daß „die radikale Linke bzw. die autonome Antifa ... allein die Faschisten“ nicht schlagen könne, ist überall dort sofort wie weggeblasen, wo es gilt die eigenen „strategischen“ oder „taktischen“ Dispositionen ins rechte Licht zu rücken. Die Antifa „von unten“, wo H. Errrossi sie ins Spiel bringt, zunächst mit demonstrativer Herablassung bedacht, erhält bei AVANTI einige Absätze später den Namen „einer eigenständigen antifaschistischen Bewegung“, deren „Propagierung und Organisation“ man als „einen Ansatz“ feiert, „langfristig sowohl den Bewegungsspielraum der Faschisten einzuschränken als auch Illusionen in die Neutralität des Staates aufzuweichen“. – Merke: Nur wo AVANTI drauf steht, ist echte Antifa drin.

Tatsächlich läuft die ganze Argumentation auf das tröstende Versprechen hinaus, das Projekt undogmatische Linke werde es schon richten. Die Kriterien, die AVANTI selbst vorlegt, lassen eigentlich keinen Zweifel, daß im gegebenen politischen Kontext „die Forderung nach einem Verbot faschistischer Parteien oder ein entsprechendes Verbot selbst“ genau die Wirkung hat, die „H. Errrossi befürchtet“. Alles hänge ab „von der Eindeutigkeit, Selbstständigkeit, Stärke und Entschlossenheit einer antifaschistischen Massenbewegung“, schreibt AVANTI und meint damit natürlich nicht, all diese schönen Dinge seien bereits soweit gediehen, daß dagegen eine Befestigung und Ausweitung allgemeiner staatlicher Repression im Zuge des regierungsamtlichen „Kampfes gegen

Rechts“ heute nicht mehr durchkommen könne. Vielmehr handelt es sich hier um die an sich banale Versicherung, daß der Staat gegen die Linke nicht „stark“ werden könne, wenn es gelingen sollte, ihm eine eindeutige, selbständige, starke, entschlossene und massenhafte Antifa entgegenzusetzen. Das aber war gerade die Frage: ob so etwas überhaupt gelingen kann, ob nicht vielmehr die Antifa jede „Eindeutigkeit, Selbstständigkeit, Stärke und Entschlossenheit“ einbüßen muß, wenn sie – warum auch immer – selber auf staatliche Sanktionen, auf den „starken Staat“ gegen die Nazis setzt. AVANTI – das lernen wir aus seiner Antwort auf H. Errrossi – hat weder eine „Orientierung“ in dieser Frage, noch ist es bereit, sie präzise stellen.

Statt dessen bietet es einen politologischen Kramladen, in dem jede linke Geschmacksnuance in Sachen Antifa ihren passenden Kalenderspruch findet. Das Plädoyer dafür, „Veränderungen im Vorgehen des Staatsapparates nicht für ausgeschlossen“ zu halten, liegt dort friedlich neben einer Denunziation von „Illusionen in die Neutralität des Staates“; und die Beschwörung eines „Gewaltmonopols“ der herrschenden Klasse in Gestalt des Staates, der als „einzige Kraft“ etwas „durchzusetzen und zu garantieren“ imstande sei, nimmt keinerlei Anstoß an der Rede vom „gesellschaftlichen Kräfteverhältnis“ oder vom „Druck einer breiten und entschlossenen Massenbewegung“ auf den Staatsapparat usw. – und das in einem Tonfall, bei dem wohl nicht nur wir uns unwillkürlich gefragt haben, woher er uns so fremd und doch irgendwie bekannt anrührt.

„Propaganda alleine“, klärt AVANTI uns auf, reiche nicht: „Es bedarf auch der eigenen politischen Erfahrung der Massen.“ Da begann der Groschen zu fallen. Die Partei – pardon! das Projekt, das zwar an sich schon immer Recht hat, aber „den Massen“ mit ihren „Illusionen“ fairerweise die Chance läßt, selber drauf zu kommen ... Für AVANTI, so also die ersten Vermutungen, hat anscheinend das definitive Revival der siebziger Jahre begonnen. Der Wahrheit die Ehre zu geben, muß indes gesagt werden, daß den K-Gruppen, die dazumal die linksradikale Szene beherrschten, das Verhältnis zu den Massen sich nicht ganz so unkompliziert dargestellt hat, wie AVANTI es sich heute zurechtzumachen versucht. Von Mao hatte man immerhin auch die Empfehlung mitgenommen, bei den Massen in die Schule zu gehen. Die Gruft, aus der AVANTI sich bedient, ist noch deutlich älteren Datums.

Näheren Aufschluß gibt der letzte der drei „Punkte“, über die sich „zu verständigen“, AVANTI zur „Bestimmung der richtigen antifaschistischen Taktik wohl zu nächst notwendig“ findet. Darin ist von einer „Position des kapitalistischen Staatsapparates zwischen offen terroristischer Klassenherrschaft und bürgerlich-demokratischer Integrationspolitik“ die Rede, womit sich AVANTI eine Sprachregelung zu eigen macht, die zurückgeht auf Dimitroff und seinen Bericht an den VII. Weltkongreß

der Komintern im Jahre 1935, den letzten vor ihrer sang- und klanglosen Liquidierung.

Die Eigentümlichkeit aller Deklamationen auf diesem denkwürdigen Kongreß – von irgendeiner Diskussion konnte schon lange keine Rede mehr sein – war zuallererst die gnadenlose Abstraktion von allem, was konkret soeben politisch geschehen war, namentlich von dem ungeheuren Desaster, das der Durchbruch der Nazis in Deutschland für die internationale Arbeiterbewegung und damit nicht zuletzt für die Komintern selbst bedeutet hatte. Bis zum bitteren Ende, bis schließlich gar nichts mehr ging, hatten Komintern und KPD mit ihrer ohnmächtigen Agitation gegen den sogenannten „Sozialfaschismus“ der sozialdemokratischen Sabotage eines machtvollen Kampfes gegen den wirklichen Faschismus in die Hände gespielt. Und jetzt, nachdem die Karre endgültig an die Wand gefahren war, nachdem die KPD, nach der KPdSU die größte und wichtigste Sektion der Komintern, von Hitler zertrümmert worden war, ohne sich noch zu irgendeiner ernsthaften Gegenwehr aufgegrafft zu haben – jetzt kam man zu der „Erkenntnis“, daß man sich zunächst auf die Abwehr des Faschismus zu konzentrieren und dieser Aufgabe alles andere unterzuordnen habe, was praktisch nichts anderes bedeutete, als alle revolutionären Prinzipien, in den vorangegangenen Jahren durch die Phrase gründlich lächerlich gemacht, nun vollends über Bord zu werfen.



„Zu einer politischen Bestimmung der Aufgaben und des Auftretens im antifaschistischen Kampf gehört auch das Bewusstsein davon, dass der antifaschistische Kampf ein Abwehrkampf ist. Schon deswegen muss hier das Bündnis mit allen gesucht werden, die ebenfalls ein Interesse an der Abwehr der faschistischen Gefahr haben“, schreibt AVANTI, und so in etwa lautet landauf landab seit Dimitroff das Credo jenes hilflosen Antifaschismus, der glaubt, aus der Katastrophe von 1933 seine „Lehren“ gezogen zu haben, und in Wahrheit überhaupt nichts begriffen hat.

Schon die Rede von einer „faschistischen Gefahr“ jenseits von Zeit und Raum zeugt von einer Ignoranz, die nur wegen der ihr selbst ebenso innewohnenden wie allgemein vorherrschenden Gedankenlosigkeit davor gefeit ist, blanker Zynismus zu sein. Denn eine „Gefahr“ besteht an sich logischerweise nur dort, wo das damit bezeichnete Übel erst noch im Anzug und nicht bereits eingetreten ist. Wir leben aber namentlich in Deutschland nicht in der prä-, sondern in der postfaschistischen Zeit. Das Regime der Nazis hat zwar schließlich das Zeitliche gesegnet, aber dies erst, nachdem es nahezu alles, was es sich vorgenommen hatte, mit erbarmungsloser Konsequenz und entsetzlich nachhaltigem Erfolg in die Tat umgesetzt hatte, und nichts rechtfertigt die Annahme, als wenn 1945 oder irgendwann später die grauenhafte Bilanz der nazistischen Herrschaft getilgt oder auch nur angemessen gesühnt worden wäre. Wer heute hierzulande von einer

„faschistischen Gefahr“ daherredet, kolportiert damit, ob er es merkt oder nicht, die offizielle Staatsdoktrin der vom Faschismus geläuterten Republik, deren Körnchen Wahrheit ebenso trivial ist, wie sie im Ganzen die Wahrheit zynisch auf den Kopf stellt.

Im trivialen Sinne „wahr“ ist, daß diese postfaschistische Republik vom Nazismus sich emanzipiert hat, insofern sie mit dem durch seine Untaten planierten Fundament längst jenen sicheren Boden unter den Füßen hat, an dem es ihrem präfaschistischen Vorläufer so vollständig gefehlt hatte. Für die Weimarer Republik gilt, was Marx ein gutes dreiviertel Jahrhundert zuvor über die kurze französische Republik der Revolutionsjahre 1848 ff geschrieben hatte: Sie war ein „Treibhaus der Revolution“ gewesen. Und genau das hatte sie dem bürgerlichen Teil der Gesellschaft, obwohl er mit ihr zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Möglichkeit erhielt, unmittelbar, nämlich befreit von den Resten des Absolutismus und der Kuratel einer privilegierten halbfudalen Kaste zu herrschen, so unerträglich gemacht. In der Tat: Der Kampf gegen Hitlers Nazipartei war ein „Abwehrkampf“ gewesen. Aber der Angriff, der da hätte abgewehrt werden müssen, galt nicht dem, was die demokratische Republik an und für sich zum Idealfall bürgerlicher Herrschaft macht, nicht dem schönen Schein einer über allen sozialen Gegensätzen schwebenden und sie austarierenden Demokratie. Der Angriff galt der revolutionären Partei, und nur weil die demokratische Republik sich als unfähig erwiesen hatte, mit ihr fertig zu werden, mußte sie gleichfalls dran glauben.

Die reine, über dem Klassengegensatz waltende Demokratie – das wird heute auch auf der Linken so gerne vergessen – war in der Entstehungsphase der Weimarer Republik, als die deutsche Bourgeoisie ihr Ende gekommen sah, die Losung der Konterrevolution, gerichtet gegen eine drohende Diktatur revolutionärer Arbeiter- und Soldatenräte. Nicht zuletzt innerhalb der Rätebewegung war „Demokratie“ die Parole ihrer sozialdemokratischen Selbstentmachtung, während alle revolutionären Kräfte selbstverständlich für die Diktatur der Räte stritten. Für jene Demokratie machte die Sozialdemokratie die reaktionären Freikorps mobil und ließ sie nicht nur Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg heimtückisch ermorden, sondern Tausende namenloser revolutionärer Arbeiter und Arbeiterinnen niedermetzeln. So sah damals die heute nicht nur von AVANTI gerne sogenannte „bürgerlich-demokratische Integrationspolitik“ aus, mit der die Sozialdemokratie der Bourgeoisie ihr bourgeoises Leben rettete. Die Roßkur war bekanntlich am Ende erfolgreich, ohne indes die Sammlung und Formierung einer starken kommunistischen Massenpartei verhindert zu haben, die offen die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und den revolutionären Sturz der bürgerlichen Klasse auf ihre Fahnen schrieb.

Vor diesem Hintergrund wird vielleicht begreiflich, was es bedeutete, wenn 1935 Dimitroff (als Stalins Werkzeug) die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie

gegen den Faschismus zur ersten Aufgabe der Parteien der Komintern erklärte, und zwar derart, daß er ihr Zusammengehen nicht nur mit den Parteien der II. (sozialdemokratischen) Internationale, sondern auch mit anderen, ordinär bürgerlichen (von ihm als „kleinbürgerlich“ apostrophierten) Parteien, also die Zurückstellung ihres revolutionären Programms verordnete. Das war die in die Geste des Antifaschismus gekleidete Anerkennung der Gründe, die die deutsche Bourgeoisie auf die faschistische Karte hatte setzen lassen. Wenn eure Demokratie an die Bedingung geknüpft ist, daß sie nicht zu revolutionären Zwecken mißbraucht werde, dann geloben wir hiermit feierlich, dies von nun an zu unterlassen: Das war die Botschaft des letzten Kongresses der einstmaligen revolutionären kommunistischen Internationale an die „demokratischen Bourgeoisien“ Europas und der Welt. Die Liquidierung der revolutionären Partei, wozu in Deutschland noch der brutale Gewaltstreich der Nazis nötig war, besorgte für den Rest der Komintern diese aus freien Stücken schließlich selbst.



Die Demokratie, die die Nazis im Auftrag der Bourgeoisie kassiert hatten, um freie Hand zu erhalten bei der Ausmerzung der revolutionären Partei, ist nach zwölf Jahren Diktatur wiederauferstanden – weniger umstritten denn je. Die revolutionäre Partei blieb unter der Erde. Keine der Siegermächte über Nazideutschland hatte an ihr irgendein Interesse. Den geschundenen Resten der KPD hatte Stalin jede Agitation für den Sozialismus verboten. Daß mit der DDR dann doch ein bißchen Sozialismus auf einem Stückchen Deutschland versucht worden ist, war das ungeliebte Produkt unvorhergesehener Umstände, das mehr als einmal zur Disposition gestanden hat und von Gorbatschow – hierin ganz im Geiste Stalins – schließlich noch rechtzeitig vor Abschluß des Jahrhunderts zur Entsorgung freigegeben wurde. Für den größeren Rest Deutschlands machte das Verbot der KPD, ein Relikt früherer revolutionärer Zeiten nur noch ihrem Namen nach, sehr früh klar, daß die hauptsächliche politische Errungenschaft der Nazierrschaft: die Volksgemeinschaft im Dienst des Kapitals, der Klassengegensatz ohne Klassenkampf, den neuen Demokraten heilig war. Der Unterschied zwischen dem dritten Reich und der zweiten Republik ist hier der zwischen Herstellung und Resultat. Die Nazis waren die Produzenten des „Modell Deutschland“, Parteimonopol, Diktatur, Terror und Vernichtung ihre Produktionsmittel. Das Produkt einmal hergestellt, waren sie, wenn auch nicht wirklich aus der Welt, so doch an sich überflüssig und fielen der kollektiven Amnesie anheim. Die postfaschistische Volksgemeinschaft wird freiheitlich-demokratisch genossen.

Demokratie minus revolutionäre Partei – diese knappe Formel bringt die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland auf ihren Begriff. Die Verteidigung einer solchen Demokratie kann schon aus mathematischen Gründen unmöglich Sache der Revolutionäre

sein. Insofern hat AVANTI überall da vielmehr Recht, als es selber am Ende wahrhaben will, wo es gegen die linksradikale Beschwörung einer politisch reichlich unterbestimmten Antifa „von unten“ die Notwendigkeit herausstreicht, seinen demokratischen Antifaschismus „im Rechtssystem“ der bürgerlichen Gesellschaft zu fixieren, auf „Veränderungen im Vorgehen des Staatsapparates“ zu setzen etc. pp.

Es ist ja völlig richtig: Der Gegensatz zwischen postfaschistischen Nazis und postfaschistischen Demokraten ist durchaus real und nicht bloß politisches Theater. Die Nazis sind es zunehmend leid, sich mit der subalternen Rolle eines Knüppel-Aus-Dem-Sack abspesen zu lassen, zumal die Gründe der Demokraten, den Knüppel tatsächlich einzusetzen, unter dem Erfolg seiner bisherigen gelegentlichen Nutzung allmählich zu schwinden drohen. Nach „Ausländern“, „Zecken“ und anderen Marginalisierten geraten darum mittlerweile auch normale Demokraten – hauptsächlich natürlich solche, die irgendwie als „links“ gelten – ins Visier der Nazis. Aber auch davon abgesehen stellen diese wirklich eine „Gefahr“ dar für die postfaschistische Demokratie. Denn mit den mörderischen Parolen und Ritualen, deren Wiederbelebung sie extensiv betreiben, werden die Bilder einer Zeit wachgerufen, als das unheimliche Motiv des nazistischen Vernichtungswahns, die völlig herangereifte und doch sich allzu unerschütterlich zeigende soziale Revolution, hinter dem nazistischen Grauen noch nicht dermaßen verblaßt war, daß selbst die Revolutionäre heute von ihm nichts mehr wissen wollen. Und last not least gibt die Stärke bzw. Schwäche der Nazis derzeit das zuverlässigste Maß, wie weit die postnazistische Volksgemeinschaft überhaupt noch trägt. Die Nazis sind das möglichst klein zu haltende böse Gewissen der Demokraten, das sie daran erinnert, daß ihre Gemeinschaft einen historisch bestimmbar hohen Preis hatte und daher nicht ewig währen kann.

Werden also die Demokraten militante Gegner der Nazis, insofern sie darin die Wiedererweckung der Revolution fürchten, ist es nur logisch, daß ihre antifaschistische Militanz die Form einer Befestigung und Erweiterung der Mittel staatlicher Repression annimmt, die nicht bloß formell, sondern ihrem wesentlichen Zweck nach gleichermaßen, wenn auch nicht aus den gleichen Gründen, sich gegen Faschos und linksradikale Antifa richten – gegen die revolutionäre Linke, so es sie denn gibt, sowieso. In welchem grandiosen „Verständnis von (revolutionärer) Strategie und Taktik“ AVANTI dagegen das Rezept gefunden hat, „bei einer Verbotskampagne eben nicht ... dem Staatsapparat“ – demselben Staatsapparat,

dem es zuvor bescheinigt hat, „als einzige Kraft in der Lage“ zu sein, ein Verbot von Naziorganisationen „über einen längeren Zeitraum durchzusetzen und zu garantieren“ – „die Handhabung des Verbots zu überlassen“, das wird vermutlich sein wohlgehütetes Betriebsgeheimnis bleiben. Wo AVANTI selbst „die Position des kapitalistischen Staatsapparates“ aktuell genauer verortet, verrät es der Leserschaft der LinX so wenig, wie offenbar sein Sprecher am 16.9. den versammelten Massen. Jedenfalls findet sich in seiner Rede (siehe Anhang 1) nicht der geringste Hinweis darauf, „dass eigene Organisation, revolutionäre Strategie und entschlossenes Auftreten gegen die Faschisten und den Staatsapparat sinnvoll und notwendig sein können“ – von den „eigenen Klasseninteressen und emanzipative[n] Ziele[n]“, die damit „durchzusetzen“ wären, ganz zu schweigen.

„Propaganda allein reicht da nicht“? Mag sein. Aber mit seinen wirklichen Ansichten hinterm Berg halten und statt dessen öffentlich, wie in Neumünster geschehen, „ein konsequentes Vorgehen gegen die Nazis ... vom Staat ... bekommen“ wollen, wenn auch „nicht ... geschenkt“ – da dürfen AVANTIs Massen, sollten sie eines schönen Tages ihre möglicherweise noch vorhandenen „Illusionen in die Neutralität des Staates“ zu den Akten gelegt haben, sich mit Fug und Recht als verarscht betrachten.

Das mit „der eigenen politischen Erfahrung“, die „die Massen“ machen müssen, war bereits 1935 auf dem letzten Kongreß der Komintern, mit dem diese endgültig auf den Reformismus eingeschworen wurde, ein mehrfach strapaziertes Argument. Und ganz wie AVANTI es noch heute nachahmt, lief die Praxis des Arguments darauf hinaus, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat durch den „Druck“ von „unten“ zu ersetzen. Statt Bekämpfung der „Illusionen in die Neutralität des Staates“ predigten Stalins Kommunisten den vom Faschismus tödlich bedrohten und gegen ihn aufgestanden revolutionären Arbeiterinnen und Arbeitern die Allianz mit dem bürgerlichen Staat. Daß sie selbst diesbezüglich indes wenig Illusionen hatten, stellten sie eindrucksvoll unter Beweis, als sie bei der ersten sich bietenden Gelegenheit der antifaschistischen Anarchie der Massen zugunsten ordentlich bürgerlicher Verhältnisse ein blutiges Ende setzten. Das war einmal, lange her, in Barcelona, Spanien, im Mai 1937 ...

Boney M. (MarxAmSonntag),  
Kiel, Oktober 2000

## Anhang 1: Rede von AVANTI

bei der Antifa-Demo am 16.9.2000 in Neumünster

Heute wollen die Nazis erneut durch die Strassen Neumünsters marschieren. Sie wollen ihre Stärke zeigen, sie

wollen einschüchtern. Sie werden ihre antisemitischen und rassistischen Hetzreden halten. Sie werden Parolen rufen wie „frei, sozial und national“, die ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus darstellen. Und sie werden heuchlerisch für sich die Versammlungs- und Meinungsfreiheit einfordern, die sie doch für alle anderen beseitigen wollen.

Es sind keine harmlosen Spinner, die sich da versammeln. Es sind brutale Gewalttäter und gefährliche Demagogen. Wir können an der nicht abreißenden Welle rassistischer Übergriffe sehen, was diese Neonazis schon heute anrichten, wo sie noch relativ wenige sind. Machen wir uns nichts vor: Wenn diese Leute jemals die Möglichkeit dazu erhalten, werden sie die Verbrechen des historischen Faschismus wiederholen.

Deswegen heißt es im Aufruf zur heutigen Kundgebung ganz richtig: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Ein Verbrechen allerdings, das in diesem Staat noch immer nicht verboten ist – und schon gar nicht konsequent verfolgt wird. Die Untätigkeit von Staat und Justiz gegenüber dem Neofaschismus ist tatsächlich skandalös. Die rassistische Hetze der National-Zeitung darf straflos an jedem Zeitungskiosk angeboten werden, die Aufmärsche der Nazis werden von Gerichten erlaubt und mit Polizeigewalt gegen antifaschistische Proteste durchgesetzt. In Phasen erhöhter öffentlicher Aufmerksamkeit oder wenn internationaler Ansehensverlust droht, werden hin und wieder einzelne Naziorganisationen verboten. Natürlich ist es begrüßenswert und richtig, dass Innenminister Schily jetzt das Nazimusik-Netzwerk Blood&Honour verboten hat. Aber es trifft nur eine von hunderten von Gruppierungen, so dass sich schnell neue Strukturen bilden können.

Das lässt sich am Anmelder der beiden Nazi-Aufmärsche in Neumünster, Christian Worch, geradezu exemplarisch zeigen. Bereits in der ANS/NA, der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, die 1983 verboten wurde, zählte Worch zur Führungsspitze. Die Strukturen wurden jedoch fortgeführt, u.a. in der Nationalen Liste, deren Vorsitzender Worch war, die dann Anfang der 90er Jahre verboten wurde. Auch hinter dem vor wenigen Monaten von der Hamburger Innenbehörde verbotenen Hamburger Sturm stand wiederum Christian Worch. Heute nennen sich die gleichen Neonazis „Freie Nationalisten“, sind stärker denn je und an ihrer Spitze marschiert noch immer Christian Worch. Dass das Bundesverfassungsgericht diesem Christian Worch, Führungskader in mindestens drei verbotenen Organisationen und einschlägig vorbestraft, noch immer die Organisation von Aufmärschen gestattet, ist in der gegenwärtigen Situation ein völlig falsches und fatales Signal, das von den Nazis - nicht zu Unrecht – als Sieg gefeiert wird.

Ich spreche nicht damit gegen das Verbot von Naziorganisationen, wohl aber gegen eine rein symbolische Politik, die nur dann und nur vereinzelt zu Verboten greift, wenn der öffentliche Druck oder das viel zitierte „deutsche Ansehen im Ausland“ es verlangen. Unsere Forderung muss deswegen ein Verbot aller faschistischen Gruppierungen sein, das dann auch konsequent umgesetzt wird.

Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung hätte längst handeln können und handeln müssen. Die landesweite Nazi-Gruppierung Bündnis Rechts zum Beispiel könnte durch eine einfache Verfügung von Innenminister Buss verboten werden. Der Vorsitzende des Bündnis Rechts, Dieter Kern, noch immer Angestellter der Stadt Lübeck, hat sich im Januar diesen Jahres auf einem Naziaufmarsch in Berlin zu der Forderung verstiegen, das jüdische Volk müsse sich beim deutschen wegen der maßlosen Entschädigungsleis-

tungen entschuldigen. Das Bündnis Rechts hat in 14 Tagen, am 30. September, einen Aufmarsch in Lübeck angekündigt, zu dem wiederum Worch und seine Gesinnungsgenossen erwartet werden. Dem mit einem schnellen Verbot zuvor zu kommen wäre ein konkreter Akt von Zivilcourage, zu dem ich die anwesende Frau Simonis und ihren Innenminister nachdrücklich auffordere!

Verbote – das wissen wir alle – können das Problem von rechter Gewalt und rassistischen Einstellungen nicht allein lösen. Reden wir also von den gesellschaftlichen Hintergründen. Reden wir von einer Gesellschaft, die sich gegen Flüchtlinge und Einwanderung abschottet, solange diese keine Computer-Experten sind. Sprechen wir über Politiker, die Flüchtlinge als „Scheinasylanten“ diffamieren und als Sündenböcke für eine verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik mißbrauchen. Sprechen wir über die alltäglichen Erfahrungen von Einwanderinnen und Einwanderern mit den Ausländerbehörden und über ihren Kampf um Aufenthalts- und Arbeitslaubnisse. Lassen wir nicht unerwähnt, dass die Landesregierung in Rendsburg gerade ein neues Abschiebegefängnis bauen lässt.

Es ist einfach, in Sonntagsreden Toleranz und Mitmenschlichkeit zu fordern. Aber die Realität für die nicht-deutsche Bevölkerung sieht leider anders aus. Wer Toleranz fordert, muss sie zu allererst selbst praktizieren. Wo diese Glaubwürdigkeit fehlt, wird rassistischen Einstellungen nicht der Nährboden entzogen und werden die Nazi-Übergriffe weitergehen. Gefordert ist eine mutige, radikale Umkehr in der Ausländer- und Einwanderungspolitik. Denn Solidarität und Mitmenschlichkeit können sich auf Dauer nur auf der Basis von Gleichberechtigung entwickeln. Demgegenüber ist es ein Skandal, dass fast ein Zehntel der Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen ist und der Sondergesetzgebung des Ausländerrechts unterworfen ist.

Eine Veränderung dieser Politik, ebenso wie ein konsequentes Vorgehen gegen die Nazis, werden wir nicht vom Staat geschenkt bekommen. Fortschrittliche Veränderungen der Gesellschaft kommen nicht von oben, sondern müssen stets von unten durchgesetzt werden. Wir werden dafür einen langen Atem benötigen, wir müssen nicht nur heute, sondern auch nächsten Monat und nächstes Jahr auf die Straße gehen – und auch dann noch, wenn die große Politik sich längst wieder anderen Themen zugewendet hat.

Zivilcourage ist ebenso wie Toleranz ein Begriff, den zur Zeit viele im Munde führen. Doch auch dieser Begriff muss mit Inhalt gefüllt werden, wenn er keine leere Phrase bleiben soll. Was also bedeutet Zivilcourage heute, am 16. September 2000, hier in Neumünster? Ich will über meine persönliche Interpretation von Zivilcourage sprechen:

Ich werde mich nach dieser Kundgebung auf die geplante Marschroute der Nazis begeben und ich werde mich dort auf die Straße setzen. Wenn die Polizei dann tatsächlich der Meinung ist, die Nazidemonstration durchsetzen zu müssen, so wird sie mich von dort wegtragen müssen.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!

Christoph Kleine für AVANTI – Projekt undogmatische Linke, 16.9.2000

## Anhang 2: Gemeinsamer Widerstand gegen den Naziaufmarsch am 30. Januar 1999

Kritik an der Sichtweise von Avanti – Projekt  
undogmatische Linke im [GEGENWIND](#) Nr. 126/99

Als verantwortungslos bezeichnet die Gruppe Avanti einige Demonstranten gegen den Naziaufmarsch am 30.1.99 und titulierte diese verächtlich als „Helden“, weil sie „Flaschen u.a. auf die Polizei werfen und dann – sobald die Polizei Wasserwerfer oder Schlagstock einsetzt – am schnellsten weglaufen“. Dagegen empfiehlt Avanti wahres, aber ganz schön blödes Heldentum: „In solchen Situationen“, also wenn die Polizei Wasserwerfer oder Schlagstock einsetzt, sollten „sich viele Menschen einhaken (Ketten bilden) und stehen bleiben bzw. langsam rückwärtsgehend zurückweichen“. „Avanti“, was bekanntlich „Vorwärts“ heißt, orientiert nach Rückwärts und nennt das großartig „entschlossenes Widerstehen“. Aber, liebe Avantis, erstens sind wir nicht mehr in Mutlangen und anderswo, wo solche Ketten ihren friedensbewegten Sinn gemacht haben mögen, und zweitens müßtet ihr überhaupt noch einige krasse Ungereimtheiten in eurer Einschätzung der Ereignisse am 30.1. erklären.

Zunächst: Was genau ist der Unterschied zwischen den von euch zwar beifällig, aber nur vage als „Störaktionen“, oder „Materialblockaden“ angesprochenen Aktionen antifaschistischer Demonstranten in der Möllingstraße und im Knooper Weg und denen an der Fleethörn, die ihr so oberlehrerhaft kritisiert? Immerhin mußten die Nazis, nach dem endlosen Stillstand in der Fleethörn, erst an dieser Ecke ihre Marschrouten in die Innenstadt endgültig aufgeben. In Wahrheit scheint ihr außer in eurer Wortwahl da gar keinen Unterschied zu machen, was ihr aber nur in Klammern anzudeuten wagt, von wegen „schleierhaft“ was zerbrochene Schaufensterscheiben am Exer zur politischen und praktischen Verhinderung der Nazidemo beigetragen hätten. Das hört sich an, als würdet ihr euch eigentlich auch gerne von einigen weiteren „Störaktionen“ im Detail distanzieren – etwa von den brennenden Müllcontainern, oder von dem umgekippten NDR-Auto oder von dem aufgerissenen Straßenpflaster zwecks Munition zum Steinwerfen? Hier wären offene Worte für die von euch in Aussicht gestellte „Diskussion um antifaschistische Strategie und Taktik auf breiterer Grundlage“ hilfreicher, als das in diesem Artikel praktizierte Auseinanderdividieren unseres gemeinsamen (!!!) Widerstandes nach einem von euch als angemessen befundenen „Maß der Regelverletzung“, wobei herauskommt: Martensdamm Ja, Fleethörn Nein, Knooper Weg Ja. Letzteres um einer ernsthaften Auseinander-

setzung mit politischen Freunden [im Antifa-Bündnis](#) aus dem Wege zu gehen?

Die Begeisterung der Avantis für den „zivilen Ungehorsam“ der ihrer Schilderung nach undifferenzierten Masse scheinbar durchweg unerfahrener Demonstranten auf dem Martensdamm wirft ebenfalls Fragen auf. Besonders diese: Woher nimmt Avanti plötzlich das Vertrauen auf polizeiliche Friedfertigkeit bei demonstrativem Wohlverhalten unsererseits, obwohl einige Zeilen vorher noch zutreffend bemerkt wird, daß die Polizei den Nazis „in der Regel ihren Aufmarsch freiräumt oder freiprügelt“? Genau das nämlich mußten wir auf dem Martensdamm auch eine ganze Zeit lang befürchten, solange nämlich neben uns auf dem Damm am Kleinen Kiel entlang reihenweise Bullenwannen aufgefahren waren, so daß sie uns auch noch spielend hätten einkesseln können, wenn nicht die Wannen plötzlich eine nach der anderen weggerast wären. Wohin wohl?

Gläubt Frau und man dem Avanti-Bericht, so haben wir guten Demonstrantinnen und Demonstranten vom Martensdamm, „gegenüber der Polizei ... von Anfang an deutlich gemacht, daß von dieser Blockade keine Konfrontation mit der Polizei gesucht würde“. Denn wir hatten, lobt uns Avanti, „das Maß der Regelverletzung vorgenommen, was zur Erreichung des Ziels (Stop des Naziaufmarsches) notwendig und der Erfahrung der meisten Teilnehmenden angemessen war“. Also konnte der Bullenkonvoi am Martensdamm schon mal Feiernabend machen und nach Hause fahren, oder wie oder was?

Tatsächlich verschwand die größte Bedrohung durch die Polizei an diesem Ende unseres gemeinsamen Widerstandes gegen den Nazimarsch, weil sie dringend am anderen Ende gebraucht wurde, nämlich oben im Knooper Weg bei den „Materialblockaden“, wie Avanti die radikaleren Behinderungen des Nazimarsches umschreibt bei denen auch Schaufensterscheiben zu Bruch gingen. Kurz: Ohne die von Avanti zensierten Aktionen hätten wir am Martensdamm vermutlich alt ausgesehen, und die Nazis hätten ihren Weg in die Innenstadt polizeilich freigeräumt bekommen, egal ob wir wie die Hasen gelaufen oder gesittet in Ketten zurückgewichen wären.

Als hätten Erstklässler am 30. Januar 99 auf einem Verkehrsübungsplatz eine Übung für richtiges Demoverhalten absolviert, in Begleitung der Lehrer von Avanti und unter wohlwollender Polizeiaufsicht, notieren die Pädagogen hoffnungsvoll: Für diejenigen, die an der Aktion auf dem Martensdamm teilnahmen, habe sich gezeigt, „daß ihr Regelverstoß, d.h. ihr ernsthaftes und entschlossenes Auftreten gegen die Nazis, einen Beitrag zum politischen Erfolg dieses Tages geleistet hat. Viele von ihnen würden es in einer vergleichbaren Situation wiedertun“. „Darin“, schreiben die Avantis, „sehen wir einen der wichtigsten Erfolge des Konzeptes“. Und wie in bürgerlicher Pädagogik üblich werden nachher einige Bösewichte ([in LinX mit X](#) werden sie als „alkoholisierte

*Punks*“ geoutet) verantwortlich gemacht, wenn das pädagogische Konzept unserer linken Oberlehrer nicht aufging, das übrigens dem Bündnis [auf den Vorbereitungstreffen](#) niemals vorgestellt wurde.

Was den Avantis, als Konzept so vorschwebt, erfahren wir nun in ihrem Nachhilfeunterricht. Nach dem Vorschlag zum oben schon genannten Kettenbildern heißt es weiter: *„Die Bereitschaft zu einem solch entschlossenen Widerstehen hängt ganz wesentlich davon ab, ob es größere Gruppen gibt, die in solchen Situationen die der Polizei zugewandten Ketten bilden und ob die Betroffenen den Polizeieinsatz als unmittelbar gegen ihr Anliegen und sich selbst gerichtet empfinden. Das wäre am 30. Januar für viele derjenigen, die sich im unteren Teil der Fleethörn aufhielten, bei einer Blockade sicherlich eher der Fall gewesen als bei den Scharmützeln, wie sie dann stattgefunden haben“*.

Also auch die richtigen Empfindungen wollen gelernt und gelehrt sein, weil „die Betroffenen“, d.h. jene scheinbar undifferenzierte Masse, die Avanti nur als politische Analphabeten wahrzunehmen vermag, von Haus aus wohl zu begriffsstutzig sein könnten, um allein schon an den auf sie gerichteten Rohren der Wasserwerfer an der Spitze des Naziaufmarsches zu erkennen, daß der Polizeieinsatz gegen ihr Anliegen und gegen sie selbst aufgefahren war.

Spontaneität paßt da schon gar nicht ins Konzept, zum Beispiel spontane Wut angesichts der geballten Staatsmacht, die zum Schutze der Nazis im Einsatz war, und spontane Wut auf die Nazis selbst, deren Aufmarsch für alle DemonstrantInnen, die vom Martensdamm zum Hiroshimapark an der Fleethörn hinüber gewechselt

waren, erst jetzt im ganzen Ausmaß sichtbar wurde. Wenn Ängstlichere unter uns, wie es in LinX heißt hier „verschreckt“ wurden, dann nicht so sehr durch die paar Flaschenwürfe auf Wasserwerfer, sondern durch die Wasserwerfer selbst und erst recht durch den die ganze Fleethörn aufwärts füllenden rechten Aufmarsch.

Sicher läßt sich darüber diskutieren, daß beispielsweise Eier, Tomaten, Farbbeutel Mehlütten und Ähnliches effektivere Wurfgeschosse sein können als Steine und Flaschen, weil Nazis und die sie schützende Staatsmacht dann wenigstens bekleckert aussehen und das Zeug nicht zurückgeworfen werden kann. Aber wann hat mensch schon sowas spontan zur Hand?

Zu fragen bleibt noch, ob wirklich der größte Erfolg unserer Demonstration am 30.1. in der großen Zahl der Teilnehmenden lag, wie Avanti das sieht, und welchen politischen Preis die große Zahl jeweils wert sein soll. Schief wird diese Einschätzung spätestens dann, wenn Avanti, berauscht von der großen Zahl, den eigenen harmonisierenden Blick auf die Polizei einfach uns, den Demonstrantinnen und Demonstranten an Martensdamm und Fleethörn unterstellt und anläßlich der sogenannten „Scharmützel mit der Polizei“ über uns fabuliert: *„Diese Auseinandersetzung war nicht die ihre, denn für sie war nicht die Polizei der Gegner“*. Ehrlicher Weise sollte Avanti die Worte „für sie“ durch „für uns“ ersetzen, statt stellvertretend für eine Menschenmenge zu sprechen, die das staatliche Gewaltmonopol als Gegner vor sich aufgebaut sah, um den Nazimarsch durch Kiel zu gewährleisten.

Eva Dockerill